

Rolf-Ulrich Kunze

## **Scheiternde Einheit – scheiternde Demokratie?**

Rede zum Tag der deutschen Einheit 2024,  
Schlossgartenhalle Ettlingen am Donnerstag, den 3.10.2024, 11.00

I

Sehr geehrte Mandats- und Amtsträgerinnen und -träger,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Titel meines Beitrags zum Tag der deutschen Einheit 2024 formuliert als Frage, was offen zu Tage liegt: Wir haben Probleme mit der Einheit und mit der Demokratie. Aus meiner Sicht als Zeithistoriker ist es angebracht, sowohl von einer Demokratie- als auch von einer Einheitskrise zu reden. Ich möchte einige historische Perspektiven auf die Einheit entwickeln und auch die Frage nach dem Sinn des Nationalstaats stellen. Das halte ich für nötig. Für einen einfach nur sonnigen Feiertag mit harmlosen Nettigkeiten ist der Zustand der politischen Realität in der Bundesrepublik zu ernst.

Vielleicht charakterisiert eine Karikatur aus dem DDR-Traditions-Satiremagazin ‚Eulenspiegel‘ des Jahres 1990 den Hintergrund meines Anliegens am besten. Ein Westdeutscher und ein Ostdeutscher stehen sich gegenüber. Der Westdeutsche will den Ostdeutschen umarmen und sagt: „Wir sind ein Volk!“ Der Ostdeutsche entzieht sich körpersprachlich der Umarmung und sagt: „Wir auch!“ 2024 scheint die Karikatur u. a. angesichts der Wutrede von Dirk Oschmann über den Osten als eine westdeutsche Erfindung, aber auch des divergierenden Wahlverhaltens in Ost und West in der Europawahl neue, bittere Aktualität.<sup>1</sup> Und zugleich ist es problematisch, dabei in einer nationalstaatlichen und nationalgeschichtlichen Perspektive zu verharren und zu übersehen, dass die eigentlichen Probleme der Demokratie ganz und gar andere, europäische und globale, sind. Es gibt Wichtigeres als die Sorgen der Deutschen mit sich selbst.

Zu diesem Gesamtbild gehört es, die drei großen politischen Herausforderungen und Aufgaben unserer Gegenwart zu benennen, vor deren Hintergrund und unter deren Einfluss auch die deutschen West-Ost-Probleme zu sehen sind: die Bedrohung durch die imperialistische neototalitäre Diktatur in Russland, die Transition der Industriegesellschaft, die Gewöhnung an den Rechtsextremismus in den politischen Kulturen und Systemen der EU.

---

<sup>1</sup> Dirk Oschmann, Der Osten: eine westdeutsche Erfindung, Berlin 2023.

Eines muss ich Ihnen allerdings jetzt schon vorab sagen. Wenn Sie mir am Ende die von Erich Kästner so wunderbar vorformulierte Frage stellen: „Wo bleibt das Positive?“, dann kann ich nur mit Kästner antworten: „Ja, weiß der Teufel, wo das bleibt.“<sup>2</sup> Der Tag der Einheit 2024 gibt keinerlei Anlass für sonnige Sonntagsreden über Erreichtes und eine sich von selbst verstehende, strahlende Zukunft, sondern zeigt die Verfassungsordnung des Grundgesetzes und die von Art. 2 des Vertrags über die Europäische Union so gefährdet wie noch nie.

II

Am 3. Oktober 1990 wurde die politische Erfindung eines in dieser Form präzedenzlosen deutschen Nationalstaats Realität. Der westliche, postnationale Staat der Bundesrepublik erweiterte den Geltungsbereich des Grundgesetzes auf die postdiktatorische DDR, deren staatliche Existenz damit erlosch. Auch die Bonner Republik endete in diesem Moment, obwohl es noch einige Jahre dauerte, bis aus ihr die Berliner Republik in den Grenzen von 1990 wurde. Die von den meisten Westdeutschen längst sowohl für unrealistisch als auch im übrigen gar nicht mehr wünschenswert gehaltene Existenz eines neuen Nationalstaats der Deutschen beruhte auf einer Revolution in der politischen Nachkriegsordnung.

Drei Faktoren spielten dabei eine ausschlaggebende Rolle: zum ersten die Politik Gorbatschows, weder die diktatorische Systemkohärenz des Ostblocks noch die Systemgrenze zum feindlichen Kapitalismus durch militärische Intervention zu verteidigen.<sup>3</sup> Tatsächlich lag darin nichts geringeres als das Eingeständnis der kompletten Niederlage der Sowjetunion im Kalten Krieg. Die UdSSR war weder ökonomisch noch militärisch oder politisch in der Lage, ihre seit Stalin allein durch Gewalt und Gewaltandrohung behauptete Interessensphäre weiterhin zusammenzuhalten. Nicht unbedingt als direkte Folge, aber unter dieser notwendigen Bedingung konnte in der DDR eine Verbindung aus Migrationsdruck und Bürgeraufstand die SED- und Stasi-Diktatur in kurzer Zeit delegitimieren und zur Implosion bringen.<sup>4</sup> Eine weitere Voraussetzung für die keinem Drehbuch folgende Konstruktion eines deutschen Nationalstaats von 1990 lag in der erstaunlichen Anpassungsbereitschaft der westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs. Die Administration Bush senior in den USA unterstützte im

---

<sup>2</sup> Vgl. Erich Kästner, Und wo bleibt das Positive, Herr Kästner (1930), <https://www.deutschelyrik.de/und-wo-bleibt-das-positive-herr-kaestner.html> [16.06.2024].

<sup>3</sup> Vgl. Wolfgang Pfeiler, UdSSR und die deutsche Einheit, in: Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1991, S. 680-686.

<sup>4</sup> Konrad Jarausch, Die unverhoffte Einheit, 1989–1990, Frankfurt am Main 1995.

Unterschied zu anderen gesellschaftlichen und politischen Kreisen im eigenen Land den Weg zum Nationalstaat der Deutschen moderierend.<sup>5</sup> Demgegenüber verhielten sich die Thatcher-Regierung in London und Präsident Mitterand in Paris skeptisch ablehnend, ohne allerdings die starke Eigendynamik der nationalistischen deutschen Revolution ernsthaft aufhalten zu können.<sup>6</sup>

Von allen diesen drei Voraussetzungen, lässt sich auch nicht sagen, aus ihnen folge zwingend das Ergebnis des 3. Oktober 1990. Das Gegenteil ist richtig. Von allen denkbaren Szenarien gehört das am Ende realisierte aus einer zeitgeschichtlichen Perspektive noch der Jahreswende 1989/90 zu den sehr unwahrscheinlichen. Nur bestimmte politische Manöver vor allem der Regierung Kohl seit dem Dezember 1989 haben ein strategisches Fenster für diese Entwicklung geschaffen, offen gehalten und genutzt. Zu jedem Zeitpunkt zwischen dem Jahresende 1989 und dem 3. Oktober 1990 beruhte der politische Gang der deutsch-deutschen Dinge auf bewussten politischen Entscheidungen der für den Prozess maßgeblichen Bonner Republik, deren politisches Objekt die Noch-DDR war. Die Republik des 3. Oktober wurde in Bonn konzipiert und beschlossen, in Ost-Berlin lediglich implementiert. Dieser Prozess der Institutionalisierung politischer Ungleichgewichtigkeit beruhte auf einer demokratischen Legitimation der DDR-Regierung. Die sah, trotz nicht unerheblicher Kritik in der post-diktatorischen DDR-Gesellschaft, ihr wesentliches politisches Ziel in einer schnellen Abschaffung der Souveränität der DDR als dem Runway zum Wohlstands-Takeoff. Auch die Bundesregierung handelte demokratisch legitimiert und zudem im Geist der zu diesem Zeitpunkt noch geltenden deklaratorischen Präambel des Grundgesetzes mit dem pathetischen Einheits-Gebot:

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen,  
von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als  
gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu die-  
nen, hat das Deutsche Volk  
in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nord-  
rhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und  
Württemberg-Hohenzollern,  
um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben,  
kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik  
Deutschland beschlossen.  
Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.

---

<sup>5</sup> Vgl. Gerald R. Kleinfeld, USA und die deutsche Einheit, in: W. Weidenfeld, K.-R. Korte, Handwörterbuch zur deutschen Einheit, S. 690-696.

<sup>6</sup> Vgl. Joseph Foschepoth, Vereinigtes Königreich und deutsche Einheit, in: . Weidenfeld, K.-R. Korte, Handwörterbuch zur deutschen Einheit, S. 705-714; Andreas Meusch, Frankreich und die deutsche Einheit, in: ebd., S. 321-331.

Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“<sup>7</sup>

1989/90 waren allerdings alle historisch-politischen Voraussetzungen relativiert, welche in der Präambel von 1949 angeführt werden.<sup>8</sup> Von einem Willen zur nationalen Einheit konnte jedenfalls im Westen als beherrschender politischer Mentalität bei allen nach 1960 Geborenen nicht mehr die Rede sein. Für nicht wenige dieser Generationskohorten war ein Flug nach Mallorca selbstverständlich Inland, einer nach Leipzig selbstverständlich Ausland. Im Erdkunde-Unterricht konnte man sicher davon ausgehen, dass jeder unbekannte deutsche Städtenamen in der DDR oder in Namibia lag. Die Einheit eines deutschen Nationalstaats, sofern es sie historisch seit dem autoritär deformierten Kaiserreich von 1871 und der gescheiterten Weimarer Demokratie überhaupt je gegeben hatte, war nach der seit den 1970er Jahren mehr oder minder vorherrschenden Grundauffassung im Westen für zwei Weltkriege und den nationalsozialistischen Zivilisationsbruch ursächlich. Als dessen Folge erschien der Untergang des gescheiterten deutschen Nationalstaats wie auch der Fiktion einer politischen deutschen Nation berechtigt und angemessen. Ein deutsches Volk, mit oder ohne großem ‚D‘ für deutsch, hat es als Abstammungsgemeinschaft ohnehin nie gegeben, und als einheitlichen Staat seit 1945/49 nicht mehr. Wenn die Bürger der DDR Deutsche waren, dann jedenfalls weder in einem ohnehin fiktiven ethnischen noch in einem konkreten politischen Sinn. Aber in welchem dann?

Die Perspektive der ‚Einheits‘-Präambel des Grundgesetzes behandelt die späteren DDR-Deutschen, „denen mitzuwirken versagt war“, aus einer kolonialen Außenperspektive. Die politischen Fernmündel im Osten werden festgelegt auf die Rolle als Opfer einer stalinistischen Diktatur. Sie zählen nicht als politische Subjekte und haben auch keine Definitionsmacht über ihren politischen Status, es sei denn durch die Flucht in den freien Westen oder heroische Dissidenz. Bis 1989/90 rückte, relativiert durch die mit der Zeit stark abnehmende Relevanz eines deutsch-deutschen Zusammengehörigkeitsgefühls, dieses Opfer-Narrativ an den nationalkonservativen Rand der politischen öffentlichen Meinung. Aber selbst dort, wo in Sonntagsreden zum 17. Juni nicht mit zunehmend aufgesetzter Empörung von den ‚unterdrückten Brüdern und Schwestern‘ in der „Ostzone“ oder „sogenannten“ DDR gesprochen wurde, geriet aufgrund der langen Tradition der Nichtwahrnehmung die aktive, gestaltende

---

<sup>7</sup> Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4ambel\\_des\\_Grundgesetzes\\_f%C3%BCr\\_die\\_Bundesrepublik\\_Deutschland#Historischer\\_Wortlaut](https://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4ambel_des_Grundgesetzes_f%C3%BCr_die_Bundesrepublik_Deutschland#Historischer_Wortlaut) [2025].

<sup>8</sup> Vgl. Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, hg. v. Dieter Haack u. a., Köln 1989.

Rolle der DDR-Bürger in ihrem politischen System leicht aus dem Blick. Die SED-Diktatur blieb zwar bis zur ersten freien Volkskammerwahl vom März 1990 zu jedem Zeitpunkt ein Unrechtsstaat, aber gleichwohl in Gestalt einer Mitmach-Diktatur an konformistischer Partizipation und politischer Mobilisierung interessiert. Herrschaft und Alltag in der DDR waren zwei Seiten einer Medaille. Der Westen unterschied weiterhin explizit oder implizit zwischen vielen Opfern und wenigen Tätern.

Die charakteristische Interdependenz von DDR-Alltag und SED-Herrschaft, von Stefan Wolle in seiner Darstellung der DDR-Geschichte immer wieder in den Mittelpunkt gestellt,<sup>9</sup> wurde auch am linken Rand der SPD seit den 1970er Jahren kaum oder gar nicht mehr gesehen. Aus einer ursprünglich pragmatisch motivierten Brandtschen Ostpolitik<sup>10</sup> ging eine Anbiederung an die Machthaber in Ost-Berlin bis hin zur Suche nach programmatischen pazifistischen Gemeinsamkeiten des demokratischen Sozialismus zwischen Sozialdemokratie und SED hervor. Die Friedrich-Ebert-Stiftung behandelt das in diesem Kontext entstandene, von der Revolution in der DDR überholte Grundsatzpapier aus dem Jahr 1987 bis heute als einen Erinnerungsort der Sozialdemokratie.<sup>11</sup> Es ist und bleibt ein Tiefpunkt des politischen Anstands und Instinkts. Auch darin zeigt sich die lange Tradition der Behandlung der DDR-Bürger als reine Objekte westlicher politischer Interessen welcher Art auch immer. Während die DDR schon kollabierte, wollte die SPD noch der SED kollaborieren, und nicht etwa mit den ostdeutschen Bürgerrechtlern kooperieren.<sup>12</sup>

Noch eine bezeichnende Prioritätensetzung steht in der Präambel, dem bis 1990 unbekanntesten Teil des Grundgesetzes: die Einheit steht vor der Freiheit. Dies hat jedoch die westdeutsche Politik zu keinem Zeitpunkt seit 1949, nicht einmal um den 13. August 1961 herum, maßgeblich bestimmt. Und in der Selbstabschaffung der DDR, dem ersten demokratisch legitimierten Akt ihrer Existenz, war die Einheit nichts anderes als das Mittel der Wahl zur schnellstmöglichen Teilhabe am Wohlstand des Westens.

Die deutsche Einheit hat es historisch nie gegeben. Daher ist auch nichts zu feiern. Die meisten inner- und außerdeutschen Befürchtungen vor dem 80-Millionen-Koloss von 1990 sind eingetroffen und übererfüllt: er erdrückt die EU durch seine Exportbilanz, blockiert

---

<sup>9</sup> Vgl. Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Berlin 1998.

<sup>10</sup> Vgl. Peter Bender, *Neue Ostpolitik: Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag*, München 1986.

<sup>11</sup> Vgl. <https://erinnerungsorte.fes.de/das-spdsed-grundsatzpapier/> [.2025].

<sup>12</sup> K. H. Jarausch, *Die unverhoffte Einheit*, S. 51, f.; 141 f.

progressive Politik insbesondere der nachhaltigen industriegesellschaftlichen Transition, ist ein Aufmarschfeld des Rechtsradikalismus und der rechtspopulistischen Demokratiegefährdung.<sup>13</sup> Und das ist nicht nur die Schuld des ungewollten und ungeliebten Ostens. Die Chance der Misere liegt vielleicht darin, das unzeitgemäße Regressivprojekt eines deutschen Nationalstaats dermaleinst so weit supranational in der EU zu verdünnen, dass von ihm nicht mehr viel Deutschheit mit großem oder kleinem D zu spüren ist. Aber bis zu dieser europäischen Einheit des Westens ist es noch lang hin. Russlands Krieg gegen die Demokratie und die Einheit Europas könnte das beschleunigen.

Die immer wieder scheiternde Suche nach der politischen Einheit der Deutschen ist der Kern der sogenannten deutschen Frage seit dem 19. Jahrhundert.<sup>14</sup> Sie bietet eines der Paradebeispiele der Nationalismusgeschichte für die einfache, aber immer wieder gern verdrängte historische Grundtatsache, dass der Nationalismus die Nation und den Nationalstaat erzeugt, nicht etwa umgekehrt. Zuerst muss das nationalistische Denken und Fühlen bestimmten Trägergruppen die imagined community der Nation und ihre politische Form, den Nationalstaat, wünschenswert erscheinen lassen, damit die historisch-politisch ungefügte Realität in diesem Sinne militärisch und narrativ bearbeitet und der Nationalismus zum Massenphänomen werden kann. Kaum etwas ist so künstlich und von imaginativen Voraussetzungen abhängig wie die Vorstellung, eine bestimmte Gruppe von Menschen gehöre aus bestimmten politischen Prinzipien zusammen. Kaum irgendwo sind die Voraussetzungen für die nationalistische Neukonfiguration des politischen Raums so schlecht wie in Mitteleuropa. Die Mitte des vielfach historischen überschriebenen Kontinents ist ein Durchgangsraum mit Migrationsmustern von jeder in jede Himmelsrichtung. Jeder kontinuierlich konstruierende Rückgriff auf eine angeblich indigene oder authentische Bevölkerung zwischen Nordsee und Alpen, Rhein und eigentlich Elbe, später Oder und Teile des Baltikums ist etwa historisch so überzeugend wie die Aussage, dass Asterix und Obelix Franzosen gewesen sind. Unablässige Migration und Durchmischung, häufig wechselnde, multiple lokale, regionale, dynastische, konfessionelle und staatliche Zugehörigkeiten sowie die zum Teil epochenüberdauernde Existenz von strukturell multiethnischen imperialen Räumen schließen die retrograd begründete Dystopie der ethnischen Homogenisierung eines deutschen Herkunfts-, Siedlungs- Eroberungs- oder Staatsraums a priori und erst recht angesichts der historischen Empirie aus. Die deutsche Frage zu

---

<sup>13</sup> Vgl. Angst vor Deutschland, hg. v. Ulrich Wickert, Hamburg 1990.

<sup>14</sup> Vgl. für die nationalpolitische Didaktisierung in der Bundesrepublik vor 1989 z. B. Die Deutsche Frage. Materialien zur politischen Bildung, hg. v. der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1985.

stellen heißt, auf vielfältige, historisch gewachsene und politisch immer wieder relativierte Kompromisse zu blicken, die weder im Hinblick auf den Gegenstand der Erfindung: Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsrecht, noch hinsichtlich der Erzählweisen des Erfundenen eine kohärente Antwort auf die Frage: Was ist deutsch? darstellen können. Nachdem anders strukturierte politische Räume im benachbarten West- und Nordeuropa sehr viel früher eine Antwort auf die Frage nach ihrer nationalstaatlichen politischen Identität gegeben haben als die Mitteleuropäer, blieb diesen nicht anderes übrig als ihre Besonderheit in einer nationalstaatlich nicht organisierbaren Form von Identität zu sehen. Deutsch waren diejenigen Bewohner Mitteleuropas, für die das zutraf, während sie zugleich Untertanen des Königs von Preußen oder Bayern oder des Kaisers von Österreich waren. Das blieb so bis zum 18. Januar 1871. Mit der Gründung des Bismarck-Reichs war die Frage, wer Deutscher ist, zwar so eindeutig zu beantworten wie nie zuvor in der Geschichte Europas. Aber die deutsche Frage war nach vor wie vor offen. Und das lag nicht nur an den deutschen Bewohnern des Zarenreichs, der K.-u.-K.-Monarchie, sondern mindestens so sehr an den vielen Millionen deutscher Auswanderer in die USA bis 1914. Die German Americans sind nach wie vor eine große Bevölkerungsgruppe der vormaligen Immigrationsrepublik, deren Wahlspruch E pluribus unum lautet.

Vielleicht liegt die einzige demokratiegeschichtlich akzeptable Einheit von vielen Deutschen darin, dass sie in der Geschichte der imperialen amerikanischen Weltrepublik aufgegangen sind und daran beteiligt waren, zwei Weltkriege gegen den Nationalstaat der Deutschen und seine Folge, den nationalsozialistischen Zivilisationsbruch, zu führen zu und zu gewinnen.

Die Unbeantwortbarkeit der deutschen Frage hat mit den mindestens zwei verschiedenen Bedeutungen zu tun, die der ohnehin schwammige Begriff der Einheit annehmen kann: Vollständigkeit aller vorhandenen Teile oder Sortengleichheit aller ausgewählten Teile. In beiden Fällen muss, wie stets in nationalistischen Kontexten, ein manifester politischer Wille vorliegen, Einheit auf die eine oder auf die andere Weise zu verstehen. Das Konzept der Vollständigkeit geht von einem Geschichtsnarrativ aus, das die politische Vereinigung aller angeblichen Angehörigen eines politischen Körpers rechtfertigt. Es soll eine Einheit wiederhergestellt werden, die es in einer stets fiktiven Vergangenheit einmal gegeben haben soll und die im Lauf einer widrigen Geschichte verlorengegangen ist. Das nationalistische Paradies, das politische Utopia, liegt also in der Vergangenheit. Die Geschichte ist die einer Wiedergeburt oder eines märchenhaften Wieder-Wachküssens. Im italienischen Nationalismus wird das

wunderbar durch den Begriff des risgomento mit allen Untertönen von Wiederauferstehung zum Ausdruck gebracht, die dazugehören. Das Nationalistische lebt von der geborgten Aura der Heiligkeit, im italienischen Fall von der Beschwörung des Imperium Romanum und der resurrexio Domini nostri.

Das nationalistische Einheitskonzept der Sortenreinheit setzt an einer anderen Stelle an. Sein politisches Ideal, tatsächlich eine grauenerregende Dystopie, liegt in der Zukunft. Aus Gründen, die in so gesehenen politischen Fehlern der Vergangenheit liegen, sieht es die Gegenwart als multikulturell kontaminiert und inhomogen an. Deshalb wird ein immer gewaltsam herzustellender Zustand totaler Homogenität angestrebt, in dessen Konsequenz nur noch Sortengleiche zusammenleben dürfen. Erst dann wird das Ziel der wahren Einheit erreicht. Das ist der gerade Weg zur Potsdamer „Remigrations“-Konferenz der AfD. Umsetzbar ist diese Homogenisierungspolitik ausschließlich auf abstammungsrassistischer Grundlage. Alle mit bestimmten irreversiblen Merkmalen Behafteten, zum Beispiel der Abstammung von bestimmten Großeltern, wird die Zugehörigkeitsfähigkeit zur Einheit abgesprochen, und nicht nur das. Sie müssen physisch verdrängt und gegebenenfalls physisch vernichtet werden, weil sie falsches, einheitsgefährdendes Leben repräsentieren.

Das nationalistische Vollständigkeitskonzept der Einheit bedeutet: Möglichst viele A-Länder heim nach A-Land! Das nationalistische Sortenreinheitskonzept bedeutet in seiner rassistischen Konsequenz: Nicht von A-Ländern Abstammende raus aus A-Land! Wendet man das Vollständigkeitskonzept auf die deutsche Frage an, kommt man zu den Ursachen des Ersten Weltkriegs. Wendet man das Sorteneinheitskonzept an, kommt man zu denen des Zweiten Weltkriegs und zu den nationalsozialistischen Vernichtungslagern. Eine ‚normale‘ Einheit der Deutschen hat es in der Vergangenheit noch nicht gegeben. An ihrem Ende stand immer eine historische Katastrophe. Das widerlegt auch nicht die Tatsache, dass Bonn nicht Weimar wurde, denn die Bonner Republik war der Inbegriff eines deutschen Teilstaats unterhalb der Vollständigkeits- und einer historischen Antwort auf die verbrecherische Sortenreinheitsfiktion des Nationalsozialismus. Die vorliegenden historischen Erfahrungen mit dem Thema der deutschen Einheit in Mitteleuropa weisen ziemlich deutlich darauf hin, dass es sich dabei um ein Patent für historisch-politische Katastrophen handeln könnte. Abwägungen dieser Art haben bei den Skeptikern und Gegnern der deutschen Einheit 1989/90 eine zentrale Rolle

gespielt. Aber sie wurden nationalrevolutionär oder, wie Wolfgang Herles es ausgedrückt hat, in einem „Nationalrausch“ vom Tisch gefegt.<sup>15</sup>

Jede Kritik am deutschen Nationalstaat von 1990, an seiner Entstehung und Ausgestaltung, wirkt seither wie in den leeren Raum gesprochen. Das wurde möglich, weil sich bestimmte populäre Narrative über die „Wiedervereinigung“ tief im kollektiven Geschichtsbild verankert haben, das gar nicht immer bis ins letzte ausformuliert vor Augen stehen muss. Fasst man sie zusammen, entsteht ungefähr das folgende Szenario: Die deutsche Teilung war eine Konsequenz von Hitlers Herrschaft und Hitlers Krieg. Mit den tieferen Ursachenzusammenhängen der europäischen und deutschen Geschichte hatte sie nichts zu tun. Hitler war ein politischer Betriebsunfall der Weltgeschichte.<sup>16</sup> Der westdeutsche Teilstaat funktionierte insgesamt als eine westliche Demokratie, der ostdeutsche aus zu vernachlässigenden Gründen nicht. Die visionären Bundeskanzler Konrad Adenauer und Willy Brandt schufen mit der europäisch-atlantischen Westbindung und der Ostpolitik die Voraussetzungen dafür, dass die friedliche Revolution in der DDR 1989/90 in die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten mündete. Mit der Inkraftsetzung des Grundgesetzes in den Grenzen von 1990 gibt es zum ersten Mal einen Staat der Deutschen, mit dem diese und ihre Nachbarn einverstanden sind, ja ihn sogar als verlässlichen ökonomischen und politischen Partner schätzen. Die Berliner Republik verkörpert alle Lehren aus der deutschen Geschichte und stellt deshalb so etwas wie ihren friedlichen und demokratischen Endzustand dar. Der Begriff „Deutschland“ ist im politischen Alltagssprachgebrauch und in Dierckes Weltatlas an die Stelle von Bundesrepublik getreten. Die Bewohner dieses Landes möchten in Frieden und Wohlstand für den Rest der Zeiten ungestört leben. Das empfinden sie zugleich als Normalität und als eine Art von Anspruch, sich nicht von irgendwelchen anderen Ländern und Gesellschaften zu unterscheiden. Erreicht werden sollte dies bis zum Siegeszug des neuen Rechtsautoritarismus durch eine stabilitätsorientierte Status quo-Politik, die dazu beiträgt, die deutschen Zustände auf der Pabelspitze ihres einmal erreichten Optimums zu halten. Jede inhaltliche politische Diskussion darüber erübrigt sich.

Aus dem Nationalrausch von 1989/90 ist eine nationalstaatliche Normalitätsannahme geworden. Sie blockiert effektiv jede kritische Diskussion der deutschen Frage seit dem 19. Jahrhundert, die bis 1990 im Mittelpunkt des historisch-politischen Interesses stand. Die

---

<sup>15</sup> Wolfgang Herles, Nationalrausch – Szenen aus dem gesamtdeutschen Machtkampf, München 1990.

<sup>16</sup> Vgl. dazu Fritz Fischer, Hitler war kein Betriebsunfall. Aufsätze, München 1999.

deutsche Normalismusannahme gehört zu ein- und derselben Nationalismusgeschichte, die unter anderem nationalrevolutionäre, nationalkonservative, aber auch imperiale und rassistische Seiten haben kann und in der deutschen Geschichte bereits im Exzess gehabt hat. Unabhängig davon wird die Existenz des Nationalstaats im normalnationalistischen, als ‚patriotisch‘ gelabelten Denken als eine Art politisches Grundrecht der Selbstbestimmung vorausgesetzt und von seinen historisch-politischen Voraussetzungen isoliert. Nationalismus ist immer der falsche Patriotismus der anderen. Nationalistische Geschichtskonstruktionen sind durch gewollte Amnesie gekennzeichnete Erlösungs- und Selbstermächtigungsgeschichten. Aber noch nicht einmal einhundert Jahre nach dem Holocaust kann es in der Gesellschaft, von der er ausging, so etwas wie eine Selbstermächtigung zur Normalität nicht geben.

Die gelebte Verantwortung für den nationalsozialistischen Zivilisationsbruch ist der Anker der geschichtspolitischen Staatsräson des Nationalstaats von 1990. Von einem allgemeinen politisch-historischen Konsens kann in der Berliner Republik seit dem Aufstieg der AfD zur führenden geschichtsrevisionistischen Kraft allerdings schon keine Rede mehr sein. Sowohl die Institutionalisierung der Notwendigkeit einer dauerhaften Auseinandersetzung mit den deutschen NS-Verbrechen als auch die politische Relativierung und Infragestellung genau dieser Praxis durch die AfD machen überdeutlich, dass es keinen Normalismus in einem deutschen politischen System geben kann, ob es nun als Teil- oder Nationalstaat organisiert ist. Es bleibt immer ein Nachfolger und Erbe des NS-Staats. Der Erfolg, den die AfD mit ihrer ‚Schlusstrich‘-Politik und -Mentalität hat, spiegelt die voranschreitende Historisierung des Nationalsozialismus nach dem Tod praktisch aller Zeitzeugen. Damit geht aber nicht ein Gewinn an ‚Normalität‘ einher. Vielmehr setzt sich nicht mehr schleichend, durch den generationellen Prozess, sondern rasant, und durch aktive Politisierung der AfD eine Haltung ablehnender Indifferenz gegenüber den Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus immer mehr durch.

Eine Erinnerungsgemeinschaft an und Haftungsgemeinschaft für den nationalsozialistischen Zivilisationsbruch scheint ein wachsender Teil der deutschen Gesellschaft in der Berliner Republik jedenfalls nicht mehr sein zu wollen. Obwohl die NS-Zeit nach wie vor in vielen deutschen Familienfotoalben festgehalten ist und viele „Ariernachweise“ aufbewahrt wurden, wird der Nationalsozialismus kaum noch als eigene Geschichte verstanden. Das ist keineswegs die Schuld der in dieser Form einmaligen Landschaft aus Gedenkstätten und historisch-politischen Lernorten in der Bundesrepublik. Diese versuchen schon seit Jahrzehnten mit zeitgemäßen Methoden und im Schulterschluss mit der Zeitgeschichtswissenschaft, NS-

Gedächtnis und -Erinnerung für eine sich verändernde Gesellschaft und andere Mediennutzungsgewohnheiten bereitzustellen. Aber das bleibt ein Angebot an Individuen. Dessen pädagogische und emotionale Wirksamkeit lässt sich nicht erzwingen.

Wie steht es mit anderen Teilen der deutschen Geschichte und ihrer Bedeutung für die nationalstaatliche Einheit von 1990? Das Verhältnis zur Weimarer Republik bleibt ambivalent. Auch wenn unlängst sogar ein Bundesjustizminister positiv über die oft nur zwecks schwarz-weißer Kontrastbildung zur Bundesrepublik genutzten Weimarer Verhältnisse gesprochen hat,<sup>17</sup> bleibt das Image der ersten deutschen Demokratie von ihrer Selbstzerstörung und der demokratischen Ermöglichung Hitlers überschattet. Etwas anderes kommt belastend hinzu. Die gegenwärtige Demokratiekrise des Westens und der Bundesrepublik legt die Frage nach der Vergleichbarkeit des Potentials des Scheiterns deutscher Demokratien sehr nahe. Wenn Bonn nicht Weimar wurde, wird dann vielleicht Erfurt, Dresden, Potsdam und schließlich Berlin Weimar? In der deutschen Geschichte ist schon einmal ein demokratischer Verfassungsstaat gescheitert. Das befördert nicht Weimars geschichtspolitische Chancen, in das Pantheon der erwünschten Vorgeschichte der Berliner Republik aufgenommen zu werden, wie bemüht sich ein Bundesjustizminister bei der Suche nach liberalen Spurenelementen in der Weimarer Republik auch zeigt.

Das von Bismarck in drei Kriegen erzwungene, großpreußische Kaiserreich von 1871 dürfte heute so weit weg sein, dass es zur erinnerungspolitischen Einheitskonstruktion in der Berliner Republik nicht mehr in Frage kommt – Humboldt-Forum in der Playmobilrekonstruktion des Stadtschlusses hin oder her. Schon seit den 1970er Jahren waren sowohl im Westen als auch interessanterweise im Osten vor 1989 nostalgische Formen der Aneignung kaiserzeitlicher Lebenswelten von der Bürger- bis zur Arbeiterkultur und, natürlich, ebenfalls in West und Ost, auf den Hauptmann von Köpenick zu beobachten. Dass die linken politischen Sozialhistoriker der 1970er Jahre wie Hans-Ulrich Wehler sich einmal intensiv und geradezu persönlich am Kaiserreich gleichsam stellvertretend für die Ursachengeschichte des Nationalsozialismus abgearbeitet haben, gehört schon längst zur tiefen Wissenschaftsgeschichte. Das auf diese Weise entstandene, kritische Bild des Kaiserreichs als Klassengesellschaft, imperialistischer und antisemitischer Staat, das bis Ende der 1980er Jahre im Westen sogar auf der Schulbuchebeine angekommen war, hat keine Fortsetzung gefunden. An der Ostsee ist

---

<sup>17</sup> Vgl. [https://www.bmj.de/SharedDocs/Reden/DE/2023/0329\\_Haus\\_Weimarer\\_Republik.html](https://www.bmj.de/SharedDocs/Reden/DE/2023/0329_Haus_Weimarer_Republik.html) [.2025].

wieder von Kaiserbädern die Rede, aber das Kaiserreich ist abgeschichtete Vergangenheit ohne Gegenwartsrelevanz. Die gesellschaftlichen Gräben zwischen Klassen und Konfessionen, Regionen und Kulturräumen, Stadt und Land, Industrialisierung und ländlichem Raum, Modernisierung und Traditionalismus sind heute gar nicht mehr verständlich und für irgendeine Traditionserfindung anknüpfungsfähig.

Und was ist mit 1848/49, dem ersten Anlauf zu einer nationaldemokratischen Einheit der Deutschen in Mitteleuropa? Seit dem sich dafür anbietenden runden Revolutionsjubiläum 1998 gibt es eine Tendenz bei allen demokratischen Parteien, das Scheitern der Revolution schönzureden. Die komplette politische Niederlage der Paulskirche bei der Etablierung einer nationalstaatlichen deutschen Verfassung gegen die realpolitischen Mächte und politischen Kräfte der Beharrung wird gegen die Werte-Ebene unter anderem der Menschen- und Bürgerrechte ausgespielt. Letztere und die Sternstunden des deutschen Parlamentarismus in der Frankfurter Paulskirche nützten den von preußischen Interventionstruppen neutralisierten tatsächlichen badischen Revolutionären 1849 allerdings nicht das geringste. Diese Horrorerfahrung ging so tief, dass sie sich ins „Badische Wiegenlied“ eingeschrieben hat:

„Schlaf, mein Kind, schlaf leis,  
dort draußen geht der Preuß!  
Deinen Vater hat er umgebracht,  
deine Mutter hat er arm gemacht,  
und wer nicht schläft in guter Ruh,  
dem drückt der Preuß die Augen zu.  
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,  
dort draußen geht der Preuß!“<sup>18</sup>

Dieses verdrängte und heute, abgesehen von der Lokalgeschichte, völlig vergessene Unrecht passt nicht zu der weihevollen Hochstimmung, in der sich die Wertigkeit der Grundrechtsordnung des Grundgesetzes als schöne Antwort auf den hochfliegenden schwarz-rot-goldenen Idealismus des ersten deutschen Nationalparlaments feiern lässt. Was ist das für eine nationalstaats- und demokratiegeschichtliche Traditionsbildung, der die wohlklingende Theorie der Menschenrechte wichtiger ist als ihre schreiende Verletzung? So gesehen, hatte der preußische Ministerpräsident und ‚weiße Revolutionär‘ Otto von Bismarck offensichtlich einen zeitlosen Punkt, wenn die politischen Fragen seiner Zeit realpolitisch „durch Eisen und

---

<sup>18</sup> [https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/epochen/neuzeit/revolution48/rastatt/quelle\\_3.pdf](https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/epochen/neuzeit/revolution48/rastatt/quelle_3.pdf) [.2025].

Blut“ lösen wollte und erfolgreich löste. Die nationalistische Historiographie hat ihm in seiner Zeit überwältigend zugestimmt. Heute bevorzugt sie ein Potpourri aus ein bisschen softem Bismarck und ein bisschen humaner Paulskirche unter Wegblendung des übertrieben Revolutionären, ob es nun um 1848/49 oder auch um 1918/19 geht.

Wer die Einheit in der Geschichte der Deutschen sucht, erst recht in der Geschichte der deutschen Frage, unternimmt einen Friedhofsbesuch bei den zusammenhängenden Werten der politischen Moderne: Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit. Es gibt keine anderen Bewohner Europas, deren Geschichte so eklatant für das Gegenteil von Einheit steht, wie die der Deutschen. Und da in einer aussäkularisierten Gesellschaft die nationalreligiöse Legitimation der Nation keine Relevanz mehr hat, kann auch der Nationalstaat als politische Gestalt der nationalen Einheit nicht mehr als Gedanke Gottes und Schöpfungsordnung erklärt werden. Er ist ein politisches Organisationsmuster, das auf einer Fiktion von Zusammengehörigkeit beruht.

Steckt hinter einer so weitgehenden Kritik deutscher Einheitsfähigkeit nicht am Ende eine Form des negativen Exzeptionalismus und damit eines gespiegelten Nationalismus, die alles an der deutschen Geschichte einschwärzt statt vergoldet und der Teleologie lediglich ein anderes Ziel gibt? Historiker sollen möglichst wenig spekulieren, und wenn doch, dann orientiert an der Empirie der Quellen und in argumentativer Auseinandersetzung mit vorliegenden Interpretationen. Dass die deutsche Geschichte eines real politisch vorhandenen deutschen Nationalstaats zwischen 1871 und 1945 bei aller gebotenen Differenzierung und vergleichenden Kontextualisierung wohl kaum als Erfolgsgeschichte beschrieben werden kann, dürfte auf der faktischen Ebene schwer zu bestreiten sein. Der Erfolg des westdeutschen Verfassungsstaats und seiner Demokratie zwischen 1949 und 1989 beruhte maßgeblich darauf, dass er als Staat des Grundgesetzes kein deutscher Nationalstaat sein konnte und wollte. Auch die von der SED- und Stasi-Diktatur nicht zu trennenden Aufbau- und Modernisierungserfolge der DDR zwischen ihrer Gründung und der friedlichen Revolution hatten zur Voraussetzung, dass die DDR ebenfalls etwas völlig anderes als ein Nationalstaat mancher Deutscher sein musste, auch wenn darüber in freien Wahlen erst nach dem Ende der Diktatur mit dem Ergebnis eines Mandats für die Staatsauflösung abgestimmt werden konnte. Insofern erscheint die Aussage, dass die Abwesenheit eines deutschen Nationalstaats politisch erfolgreicher als sein Vorhandensein ist, keineswegs als spekulativ. Dass sie liebgewonnenen, in die kollektive politische Basismentalität eingesickerten ‚patriotischen‘ Erzählweisen deutscher Einheitsgeschichte seit 1990 zuwiderläuft, ist kein historisches Argument.

Das gilt auch für die mögliche Unterstellung eines Negativexzeptionalismus gegenüber Kritikern deutscher Nationalstaatlichkeit. Dabei handelt es sich um eine Form der Motivkritik auf emotionaler Grundlage, nicht um eine ernsthafte historische Abwägung. Beweisen oder widerlegen lassen sich solche Zuschreibungen ohnehin nicht. Ihr kommunikativer Sinn liegt in der Stigmatisierung, deren Erfolg die reflexartige Wiederholung sicherstellt.

Im Zusammenhang mit der Nationalstaatskritik taucht häufig der Einwand auf, man könne doch nicht den Deutschen mit der nationalstaatlichen Einheit etwas vorenthalten oder ihnen die Fähigkeit dazu absprechen, was alle anderen Nationen kraft Selbstbestimmungsrecht auch haben und praktizieren. Auch dies hat mit einer historischen Argumentation nichts zu tun, sondern verkörpert eine geradezu idealtypische Form von rhetorischem Whataboutismus. Wenn von der Geschichte des deutschen Nationalstaats die Rede ist, geht es nicht um die Geschichten anderer Nationalstaaten unter anderen Voraussetzungen. Die Tatsache, dass es funktionierende andere Nationalstaaten gibt, heißt nicht, sagt nichts Spezifisches über einen deutschen Nationalstaat aus.

### III Ausblick

Meine Damen und Herren, was fangen wir nun mit diesen historischen Befunden an? Offensichtlich kann nicht davon die Rede sein, dass die deutsche oder europäische Geschichte auf die deutsche Einheit des 3. Oktober 1990 zuläuft. Sie stellt weder eine Zwangsläufigkeit dar, noch den Sinn der Geschichte. Sie kam unter spezifischen Randbedingungen zustande, zu denen ein bunter Strauß von Erwartungen gehörte. Manche davon wurden erfüllt, viele nicht. Der politische Prozess der Nationalstaatserfindung seit 1990 hat viele Probleme gelöst und noch mehr Probleme erzeugt. Jahr für Jahr wurden am 3. Oktober sinnstiftend die Erfolge gefeiert, mit gesprochenem und geblasenem Blech, und die Probleme verdrängt. Auf die Dauer geht das nicht gut. Es ist Zeit, über die Defizite der Integration seit 1990 zu sprechen und auch die gegenwärtige Demokratiekrise als Teil dieses Prozesses zu verstehen. Weder das Schönreden der Einheit noch der Nationalstaat löst auch nur ein einziges großes Problem unserer Gegenwart: die rechtsradikale Bedrohung des Verfassungsstaats und der offenen Gesellschaft, den menschengemachten Klimawandel und die Notwendigkeit der Transition zu einer überlebensfähigen Industriegesellschaft diesseits der Grenzen des Wachstums, die wir seit dem Club of Rome-Bericht aus dem Jahr 1972 kennen können, aber ignorieren.

Lassen Sie uns, jede und jeder an seinem Platz in der Gesellschaft, den 3. Oktober 2024 dafür nutzen, mit dieser Tradition des Selbstbetrugs zu brechen, die etwas Unzeitgemäßes wie die deutsche Einheit wichtiger nimmt als die wirklich drängenden Probleme der Zeit. Nicht dem Nationalstaat gehört die Zukunft, sondern der europäischen Supranationalität. Nur sie bietet das demokratische und ökonomische Potential, Demokratie- und Transitionskrise zu überwinden. Und das ist dringend nötig.

Vielen Dank.

Prof. Dr. Rolf-Ulrich Kunze forscht und lehrt zur neueren und neuesten Geschichte am Karlsruher Institut für Technologie (KIT).